

Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend.
Vierteljährlicher Abonnementpreis durch die
Post bezogen und abholen vom Postamt 0,85 RM;
bei jeder Bestellung durch den Briefträger
ins Haus 15 Pfg. mehr.
Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben
unter Mitwirkung des Verbands- und Vereins-Vorstände
von
Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine
(Erich-Duncker).
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile:
Geschäftsamt, 10 Pf., Familienamt, 12 Pf.,
Vereinsamt, 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis.
Redaktion und Expedition:
Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225
Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4728.

Nr. 61.

Berlin, Sonnabend, 8. August 1908.

vierzigster Jahrgang.

Inhalts-Verzeichnis.

Mehr Selbstbewußtsein! — Gewerkevereine und evangelische Arbeitervereine. — Gemeindefestern in preussischen Großstädten. — Allgemeine Rundschau. — Gewerkevereins-Zeit. — Verbands-Zeit. — Anzeigen-Zeit.

Mehr Selbstbewußtsein!

Es ist eine nicht gerade erfreuliche Erscheinung, daß an vielen Orten die Verbandsgenossen sich zu wenig vertrauen und immer am Gängelbände geführt werden müssen. Das deutet auf einen starken Mangel an Selbstständigkeit hin. Da muß bei allen Werkstättenversammlungen, selbst wenn ganz interne Dinge zur Verhandlung stehen, ein Beamter hinzugezogen werden. Wenn aber gar eine öffentliche Versammlung stattfindet, in der es darauf ankommt, in der Diskussion den Standpunkt der Deutschen Gewerkevereine kurz zu präzisieren, dann geht es erst recht nicht ohne einen von auswärts, möglichst von Berlin herangeholten Führer. Findet irgendwo eine Gewerkevereinswahl statt, zu deren Vorbereitung eine Versammlung einberufen wird, dann bedürfen auch hierzu solche Kollegen fremder Hilfe und sind nicht imstande, selbständig die Sache durchzuführen.

Das ist die Ursache, weshalb die Zahl der nach auswärts verlangten Redner fort und fort wächst. Hierin liegt aber auch eine Erklärung dafür, wenn hier und dort die Kollegen mißgestimmt und vürägert sind. Sie sind eben der Meinung, daß, wenn sie einen Redner verlangen, und sei es auch nur zu einem Stiftungsfeste, dann ihren Anträgen ohne weiteres Rechnung getragen werden müsse. Wird der Redner abgelehnt, dann wird auf die Hauptleitung geschimpft und die Lust, für die Sache zu wirken, schwindet immer mehr. Kommt dann bei einer späteren Gelegenheit irgend ein Beamter an einen solchen Ort, dann werden ihm stets Klagen entgegengebracht über die mangelhafte Berücksichtigung der geäußerten Wünsche.

Nun gibt es sicherlich Veranlassungen genug, bei denen ein Redner von der Zentraleitung erscheinen muß. Oft bedingen dies auch rein örtliche Verhältnisse. Wo man aber ständig nach auswärtigen Rednern schreit und, ohne auch nur den Versuch zu machen, seine eigene Kraft zu betätigen, fortwährend Hilfe verlangt, da fehlt es an dem nötigen Selbstvertrauen und Selbstbewußtsein. Es soll hier nicht untersucht werden, worauf dieser Mangel zurückgeführt werden muß. Daß er tatsächlich besteht, geht auch aus dem auf dem Delegiertentag der Maschinenbauer erstatteten Tätigkeitsbericht hervor, in dem es gerügt wird, daß der tätige Geist, der bisher in den einzelnen Ortsvereinsauschüßmitgliedern zu finden war, verschwand. Man verließ sich einfach auf den „Beamten“, ohne daß derselben bei der Agitation genügend Hilfe seitens der Kollegen zuteil wurde.

Diesem Mangel muß unbedingt wieder abgeholfen werden. Wenn es gilt, in der Öffentlichkeit unsere Stellung klarzulegen, sei es in öffentlichen Versammlungen oder in einem sozialen Ausschuß u. dergl., so müssen die Kollegen selbst Mannes genug sein. Es kommt doch dabei nicht immer darauf an, daß lange Reden gehalten werden. Viel besser ist es, wenn klipp und klar und mit aller Deutlichkeit festgestellt wird, wie die Deutschen Gewerkevereine sich zu dieser oder jener gerade zur Erörterung stehenden Frage stellen. Dazu braucht man kein großer Redner zu sein,

wohl aber muß man vertraut sein mit den Forderungen, die wir in unserem Programm aufgestellt haben. Das ist früher gegangen, als es noch nicht so viele Beamte in unserer Organisation gab, und das muß auch weiter so gehen.

Oder wissen etwa die Kollegen noch nicht, was wir wollen? Ist der alte Gewerkevereinsgeist, der die Mitglieder begeisterte und ihnen Kraft und Energie verlieh, in der Öffentlichkeit für unsere gute Sache zu wirken, verschwunden? Nein, das ist nicht der Fall! Nur eine gewisse Bequemlichkeit macht sich breit; man verläßt sich auf den Beamten, der ja „dazu da ist“, die Sache der Gewerkevereine öffentlich zu vertreten. Ein solches Verhalten ist natürlich grundfalsch. Ganz abgesehen davon, daß es einfach unmöglich ist, zu jeder öffentlichen Veranstaltung einen Redner zu entsenden, liegt es auch nicht im Interesse der Erziehung der Mitglieder selbst. Ihre Selbstständigkeit und ihr Selbstbewußtsein schwinden dadurch nur immer noch mehr. Ihr Stolz müßte es gar nicht dulden, daß oft zu den geringfügigsten Veranlassungen der Antrag auf Entsendung eines Redners gestellt wird. Sonst könnte leicht der Anschein erweckt werden, als wenn es an der nötigen Aufklärung und Begeisterung für unsere Sache fehle. Wo aber diese Eigenschaften fehlen, da ist es überhaupt schlecht bestellt; da helfen auch noch so viele Redner von auswärts nichts.

Begeisterung und Aufklärung! Sie sind es, für deren Pflege unablässig Sorge getragen werden muß. Wo die Mitglieder zu wenig über die Bestrebungen unserer Organisation unterrichtet sind, da möge man die vom Verbands herausgegebenen Broschüren zur Diskussion stellen. Man möge vor allen Dingen die Schrift: „Weltanschauung und Arbeiterbewegung“ mit den Mitgliedern durchgehen und erläutern. Auch die einzelnen Programmpunkte müssen in den Mitgliederversammlungen besprochen und durchgenommen werden. Wo das mit der nötigen Gründlichkeit geschieht, da werden die Mitglieder schon selbst wissen, wie sie sich in der Öffentlichkeit zu verhalten haben und selbstständiger für unsere Sache eintreten.

Denn unsere Sache ist es wert, daß ihre Anhänger mit aller Entschiedenheit sich freudig zu ihr bekennen, wenigstens wenn sie in ihre Geschichte eingeweiht sind. Alle Ablehnungsversuche der Gegner vermögen die Tatsache nicht aus der Welt zu schaffen, daß die Deutschen Gewerkevereine es gewesen sind, die den Arbeitern den richtigen Weg zur Verbesserung ihrer Lage gewiesen haben. Die sozialen Errungenschaften der letzten Jahrzehnte sind, wenn man ihrem Ursprunge nachgeht, das Werk der Deutschen Gewerkevereine. Das muß uns mit Stolz und Begeisterung erfüllen und uns Kraft geben, trotz aller Anfeindungen selbstbewußt uns als Gewerkevereiner zu bekennen und zu wirken.

Darum hinweg mit dem Kleinmut!
Mehr Selbstbewußtsein!

□ Gewerkevereine und evangelische Arbeitervereine.

III. (Schluß.)

Wenden wir uns nunmehr zu einer Besprechung des Schowalter'schen Schlachtenplanes. Wer ist Schowalter? Heute ist er Pfarrer in der Pfalz. Am Anfang des neuen Jahrhunderts war er eifriger Bureaunagator, bereit, wenn wir uns recht erinnern,

Afrika und redete dann den Deutschen zur Burenfreundschaft gut zu. Damit hat er den Beweis dafür erbracht, daß er ein großer Idealist ist. Aber in diesem Falle war die Rehrseite davon doch der Nachweis, daß er kein politisch denkender Kopf war. Und das ist er bis heute geblieben, das lehrt klar sein diesmaliger Artikel. Gegen den früheren Vorsitzenden des Pfälzer Verbandes, der ein Freund der Gewerkevereine war, hat er so lange gearbeitet, bis derselbe Ostern sein Amt niederlegte. An dessen Stelle wurde dann — sicher nicht zur Freude Schowalters — ein Gewerkevereiner als Vorsitzender gewählt. Immerhin, Schowalter hat jetzt im Pfälzer Verbands einen größeren Einfluß als früher, und unsere pfälzischen Kollegen werden ihn gut beobachten müssen. Die Mauern Jerichos werden aber auf das Geheiß Schowalters kaum zusammenstürzen.

Zweifellos ist eine vermehrte Heranziehung der Arbeiter zu den Vereinsarbeiten wünschenswert. Es liegt an den Mitgliedern der evangelischen Arbeitervereine selbst, das durchzuführen. Sie brauchen dazu weder unseren Rat, noch den der christlichen Gewerkschaften. Wir beweisen nicht, daß die „Senioren“ diesem berechtigten Bestreben keinerlei Schwierigkeiten in den Weg legen. Aber wir betonen schon, es kommt den Behrens und Genossen auf das Prinzip hier weniger an; sie wollen die Leute beiseite, die ihnen am meisten hinderlich sind, und das gibt zu denken. Warum beginnen sie ihre erzieherische Arbeit nicht unten in den Einzelvereinen, dann würde das erstrebte Ziel, Arbeiter in die leitenden Stellen zu bringen, sicher erreicht werden. Daß sie das weniger tun, ist bezeichnend. Die ganze Forderung würde kaum Widerstand finden, wenn nicht jeder sähe, wohin die Reise geht. An den Mitgliedern, die auch zu den Gewerkevereinen gehören, liegt es, durch kräftige Mitarbeit in den Arbeitervereinen sich Einfluß zu erringen, durch Studium und Schulung sich so zu entwickeln, daß sie mit in die Vorstände und Ausschüsse gewählt werden. Wenn sie dort auf dem Posten sind, wird auch dieser Schlag der christlichen Gewerkschaften gegen uns in sein Gegenteil verkehrt werden.

Ein Schulbeispiel dafür, wie sich eine Herrschaft der christlichen Gewerkschaftsfreunde in den evangelischen Arbeitervereinen gestalten würde, liefert der Fall Behrens. Wir brauchen nicht erneut zu sagen, wie wir über Behrens Verhalten beim Vereinsgesetz denken. Aber nicht darauf kommt es an, sondern maßgebend ist, wie sich nun die Stellung Behrens z. B. im Reichstage gestaltet. Am 28. April 1908 schrieb Herr Mumm im „Reich“ zum Fall Behrens:

„Die verfassungsmäßige Freiheit der Abgeordneten bei ihrer Abstimmung, muß von jedem man, auch von den Gewerkschaften geachtet werden. . . . Die Abstimmung im Reichstage aber, bei der taktische sowie parteipolitische Fragen mitsprechen, muß frei sein. In diesem Falle entsprach die Rücksicht, die Behrens auf den Block geübt, zugleich auf das allerhöchste den gewerkschaftlichen Interessen. Man hätte sich den Eingang in die evangelischen Kreise verbat und die Deutschen Gewerkevereine zur Blockgewerkschaft gemacht, wenn Behrens dem Zentrumsturn gewichen wäre. . . .“

Man denke, die Angst, wir könnten „Blockgewerkschaft“ werden. Die dem Herrn Behrens nahestehende „Duisburger Zeitung“ nannte in ihrer Nr. 100 vom 29. April die Behrenshetze ein „unwürdiges und empörendes Schauspiel“ und sagte weiter:

„Alle bewußt evangelischen Arbeiterkreise müssen und werden durch diese schamvolle Frechheit gegen den evangelischen Abgeordneten Behrens mühsig und mühsam. Man wird sich im ganzen evangelischen Lager der Arbeiterbewegung mit Recht fragen: Steht es wirklich so? Verlangt das Zentrum in Gewerkschaftsfragen tatsächlich bedingungslose Erfolgshaft? Diese Frage stellen, heißt die christlich-nationale, die interkonfessionell-christliche Arbeiterbewegung zerstückeln.“

Soweit, so gut! Aber nun trat der Ausschluß des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften zu-

Gemeindesteuern in preussischen Großstädten.

Steuern, welcher Art sie auch sind und welchen Namen sie auch tragen, sind mehr oder weniger unbeliebt und werden im allgemeinen als ein Uebel angesehen. Sie sind aber ein notwendiges Uebel, da ohne bestimmte Einnahmen ein geordnetes Gemeinwesen, mag es nun Reich, Staat oder Kommune heißen, nicht denkbar ist. Meinungsverschiedenheiten können nur bestehen über die Art und die Höhe der Steuern, über ihre Aufbringung und nicht zuletzt über ihre Verwendung. Wir wollen uns hier nicht in eine grundsätzliche Erörterung dieser Fragen einlassen. Auch die gerade in den letzten Monaten vielfach besprochene Frage, ob direkte oder indirekte Reichssteuern den Vorzug verdienen, sparen wir uns für spätere Betrachtungen auf. An folgendem soll nur ein flüchtiger Überblick gegeben werden über die Steuern, welche die preussischen Großstädte und selbständigen rheinisch-westfälischen Stadtfreie als Zuschläge zu den Staatssteuern erheben. Es ist ein Verdienst des Statistischen Amtes der Stadt Elberfeld, daß es als Fortsetzung der für die Jahre 1901-1906 herausgegebenen gleichartigen Veröffentlichungen auch für das Jahr 1907 eine Zusammenstellung der Gemeindesteuern veröffentlicht hat, aus der wir die interessantesten Angaben mitteilen wollen.

100 Prozent Einkommensteuer erheben nur 8 Gemeinden, nämlich Berlin, Bonn, Charlottenburg, Münster, Rirdorf, Schöneberg und Wiesbaden, 73,5-105 Prozent Frankfurt a. M., das eine besondere Steuerordnung für die Einkommensteuer besitzt. Niedrigere Einkommensteuerschläge gibt es in den 45 Städten bzw. Stadtfreien überhaupt nicht. Ueber 100 bis 150 Prozent Einkommensteuern erheben 11 Städte, 150-200 Prozent 21 Städte. 207 Prozent beträgt der Einkommensteuerschlag in Gelsenkirchen, 215 Prozent in Bitter, 225 Prozent in Saagen und Oberhausen und 230 Prozent in Remscheid.

Die höchsten Zuschläge als Grund- und Gebäudesteuern werden in Altona mit 309 Prozent und in Recklinghausen mit 309,52 Prozent bezahlt, die niedrigsten in Berlin mit 100 Prozent. Die Veranlagung erfolgt in 34 von den unterjuchten Städten nach dem gemeinen Wert; besondere Steuerordnungen bestehen in Altona, Frankfurt a. M., Hannover, Kassel und Posen; nur nach dem Umsatzsteuer veranlagten Berlin und Halle.

Für die Gewerbe-Steuern haben zahlreiche Städte besondere Ordnungen eingeführt, so daß eine einfache Gegenüberstellung der Abgaben kein klares Bild ergibt. Erwähnt sei, daß eine besondere Gemeinde-Gewerbesteuer für Filialgeschäfte in Remscheid, Solingen, Oberhausen und Gelsenkirchen erhoben wird. Für Rirdorf wurde die Erhebung einer solchen Filialsteuer beschlossen; aber seitens des Ministeriums wurde die Zustimmung verweigert. Eine Gemeindesteuer für Erlangung der Erlaubnis zum ständigen Betriebe einer Gast- und Schankwirtschaft oder eines Kleinhandels mit Branntwein oder Spirituosen besteht in Mülheim am Rhein, Mülheim a. d. Ruhr, M.-Gladbach, Gelsenkirchen, Recklinghausen und Königsberg i. Pr.

Besondere Beachtung verdienen uns die Umsatzsteuern an bebauten und unbebauten Grundstücken zu beantragen. Die Umsatzsteuer beträgt gleichmäßig 1/2 Prozent in Aachen; 1 Prozent in Altona, Barmen, Coblenz, Crefeld, Danzig, Saagen, Mülheim a. d. Ruhr, M.-Gladbach, Posen, Remscheid, Solingen und Witten; 1 1/2 Prozent in Bochum, Dortmund und Mülheim a. Rh.; 2 Prozent in Bonn, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Essen, Hamm, Kiel, Köln und Trier. In Göttingen beträgt sie 1/2 Prozent für bebauten und 1 Prozent für unbebauten, in Berlin, Breslau, Charlottenburg, Halle a. S. und Rirdorf 1 Prozent für bebauten und 2 Prozent für unbebauten Grundstücke. In Bielefeld werden nach dem Gebäudesteuer-Nutzungswert bei bebauten Grundstücken 1/2 oder 1 Prozent, bei unbebauten 1 oder 1 1/2 Prozent erhoben. Ein ähnliches Verfahren ist in mehreren anderen Städten üblich.

Eine besondere Wertzuwachssteuer neben der Umsatzsteuer erhebt Köln, und zwar 10-25 Prozent des eine Wertsteigerung von 10 Prozent übersteigenden Wertzuwachses. Essen erhebt 3-15 Prozent von dem Wertzuwachs über 20 Prozent. Dortmund 3-15 Prozent von dem Wertzuwachs über 10 Prozent, Breslau 6-25 Prozent von dem Wertzuwachs über 10 Prozent, wobei die Steuer geringer ist, wenn das verkaufte Grundstück längere Zeit, in der Regel 10 Jahre,

sich in den Händen ein und desselben Besitzers gefunden hat.

Mit der Umsatzsteuer verbunden ist die Wertzuwachssteuer in Gelsenkirchen und Frankfurt a. M. In Gelsenkirchen wird nämlich eine Umsatzsteuer von 1 1/2 Prozent erhoben. Dazu kommt bei unbebauten Grundstücken ein Zuschlag von 1-15 Prozent des Wertes gegenüber dem Werte als landwirtschaftlich nutzbare Land, bei bebauten Grundstücken ein Zuschlag von 1/2 Prozent, wenn das Grundstück seit mindestens 20 Jahre in den Händen desselben Besitzers befand, und Zuschläge von 3-30 Prozent der Wertsteigerung um mehr als 20 Prozent bei früherem Verkauf. In Frankfurt a. M. wird erhoben von bebauten und unbebauten Grundstücken 2 Prozent Umsatzsteuer sowie ein Zuschlag von 1-6 Prozent, wenn sich das Grundstück länger als 20 Jahre in der Hand des gleichen Besitzers gefunden hat. Sind seit dem letzten Eigentumswechsel weniger als 20 Jahre verstrichen, so wird ein Zuschlag von 2-25 Prozent erhoben von der Wertsteigerung über 15 Prozent.

Zum Schluß seien noch einige andere, wenn auch weniger ins Gewicht fallende Gemeindesteuern-Arten kurz erwähnt. Die meisten Städte erheben auch eine Biersteuer. Eine Ausnahme davon machen Altona, Bielefeld, Charlottenburg, Dortmund, Frankfurt a. M., Saagen, Hamm, Kiel und Schöneberg, die keine Biersteuer erheben. 25 Prozent Zuschlag zur Reichsbrausteuer verlangt die Reichshauptstadt Berlin. Alle anderen Städte erheben höhere Brausteuern, die meisten 50 Prozent Zuschlag zur Reichsbrausteuer und 65 Pf. für das Sektoliter von eingeführtem Bier. Andere Verbrauchssteuern als Bier erheben noch Aachen, Breslau, Kassel, Koblenz, Posen und Wiesbaden.

Gundesteuern werden überall erhoben, und zwar meist nach einem Einheitsfuß, der sich zwischen 10 und 30 Mk. bewegt, je nach der Größe und der Zahl der Hunde. Für Zieh- und Wächterhunde Kettenhund findet meistens Steuerbefreiung oder doch eine Steuerermäßigung statt. Eine Feuersteuer von 30 Mk. jährlich wird nur in Frankfurt a. M. für jedes nicht ausschließlich gewerblichen Zwecken dienende Pferd erhoben.

Eine sogenannte Luftbarkeitssteuer gibt es nicht in Berlin, Charlottenburg, Danzig, Kassel, Königsberg i. Pr., Schöneberg und Stettin. In Form einer Billetsteuer kennt man sie in Bonn, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Saagen, Halle a. S., Hannover, Köln, Krefeld, Magdeburg und Trier.

Allgemeine Rundschau.

Freitag, den 7. August 1908.

Der Gewerkeverein der Schneider und verwandten Berufscollegen hält am 9. August und folgende Tage in Stettin im Etablissement „Reichsgarten“, Pöhlitzerstraße 75, seinen 11. ordentlichen Delegiertentag ab. Als Vertreter des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine wird den Verhandlungen der Verbandskollegien Kollege Rudolf Klein beiwohnen, der auch das Referat über: Die Stellung der Gewerkevereine zum öffentlichen Leben und den Parteien übernimmt hat. Auch sonst ist die Tagesordnung eine überaus reichhaltige, ein Beweis für das rege Leben, das im Gewerkeverein der Deutschen Schneider herrscht. Trotz der überaus ungünstigen wirtschaftlichen Verhältnisse hat es der Gewerkeverein verstanden, nicht allein seine Mitgliederzahl zu erhalten, sondern dieselbe noch ganz wesentlich zu erhöhen. Wir wünschen, daß die Verhandlungen in Stettin getragen werden von dem Bestreben, den Gewerkeverein auch fernerhin noch außen und innen zu stärken, und daß die gefaßten Beschlüsse dem Gewerkeverein selbst als auch der Gesamtorganisation zum Segen gereichen mögen. Eine Organisation wie die unserer, die von Feinden von rechts und von links heftig bedrängt wird, bedarf mehr als jede andere der Einigkeit und des festen Zusammenhalts. Das möge den Delegierten stets vor Augen schweben. Dann werden alle Kleinigkeiten und persönlichen Momente aus den Debatten fernbleiben und immer nur der Gedanke vorherrschend sein, dem großen Ganzen, der gemeinsamen eblen Sache zu dienen. Das ist der Wunsch, der uns für die Stettiner Verhandlungen besetzt, und in der Hoffnung, daß er sich erfüllt, rufen wir allen Tagungsteilnehmern ein herzliches Willkommen zur Fahrt nach Stettin zu.

fammen und nahm zum Fall Behrens eine Entschliebung an, in der es heißt:

„Endlich richtet der Ausschuß — um ähnliche Präzedenzfälle in der Zukunft zu verhüten — an den Vorstand des Gesamtverbandes das Ersuchen, diejenigen Abgeordneten, welche der christlichen Gewerkschaftsbewegung angehören, zu veranlassen, in den Parlamenten eine engere Fühlung miteinander zu halten und sich über die Stellung zu allen wichtigen Fragen der Arbeiterpolitik zu verständigen.“

Bauer, merkst du was? Das bedeutet nichts weiter, als daß Behrens, der doch in seiner Partei einziger Arbeiter-Abgeordneter ist, sich im Reichstage den Zentrumsarbeitern abgebenen zu fügen hat, weil deren fünf sind. Sie haben die Mehrheit. Das sagen nicht bloß wir, sondern das schon oben zitierte, Herr Behrens nahestehende Blatt, die „Duisburger Zeitung“, schrieb in dem schon erwähnten Artikel:

„Man überlege sich das (den genannten Passus der Resolution der christlichen Gewerkschaften) unter den gegenwärtigen Verhältnissen in die Praxis. Hier steht ein ganz unveränderlicher Fieberfuß, nämlich der offensichtliche Versuch, die Zentrumssache gehörig tief innerhalb der Gewerkschaftsabgeordneten zu deklarieren. Dagegen erheben wir entschiedenen Einspruch...“

Herr Mumm aber, der noch wenige Tage vorher so topos von der Freiheit der Abstimmung schrieb, schwieg und schweigt. Und Herr Schowalter schweigt auch. Alles das passierte im April d. J., und da wundert sich Schowalter, wenn man im Juni Herrn Behrens nicht in den Hauptvorstand der evangelischen Arbeitervereine wählen will.

Nun will Schowalter eine reinliche Scheidung herbeiführen. Der Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine soll sich für eine Gewerkschaftsrichtung entscheiden, und Schowalter ist so liebenswürdig, uns dabei offen zu wollen. Darüber reden wir nicht, sondern sagen einfach: „Ja, sie wollen!“ Schowalter legt aber uns nahe, eine Verständigung zu suchen, weil diese bisher stets an uns gescheitert sei. Das hört sich schön an, jedoch möge zunächst Schowalter einmal vorschlagen, wie er sich eine solche Verständigung denkt. So wie es da steht jetzt, ist das afrikanische Gummis, der sich nach Bedarf ziehen läßt. Eine Verständigung könnte z. B. eine Beteiligung an dem nationalen Arbeiterkongress sein. Gut, das wäre aber nur möglich unseres Erachtens unter Aufrechterhaltung der Grundzüge der beiderseitigen Verbände. Dann bliebe also die Konkurrenz und der Gegensatz wie bisher und sojählich wäre nichts, aber auch gar nichts geändert.

bleiben wir einmal bei der Verständigung. Von christlicher Seite wird gekündigt die Behauptung verbreitet, wir seien stets eine Teilnahme an dem nationalen Arbeiterkongress aus dem Wege gegangen, und Schowalter wiederholt das. Soweit man heute über die Vorgänge noch diskutieren kann, betreffen sie den letzten Kongress 1907. Es ist eine glatte Unwahrheit, daß wir zu diesem Kongress eine Beteiligung abgelehnt hätten. Es bleibt eine Unwahrheit, auch wenn Schowalter sie im guten Glauben wiederholt. Nach dem bekannten Zwischenfall auf dem Kongress gab Freiherr v. Berlepsch, augenblicklich auf die Bitte einiger christlicher Gewerkschaftsführer an Ort und Stelle die Erklärung ab, er werde den ganzen Hergang attemmäßig veröffentlichen. Bisher ist diese attemtreue Darstellung nicht erschienen, und wir haben keinen Schritt getan, ihre Veröffentlichung zu vermeiden. Eine öffentliche Klarstellung würde beweisen, daß christliche Führer in vielen Versammlungen diese Sache — sagen wir sehr unchristlich dargestellt haben. An sie möge sich Schowalter also vorerst halten.

Für diesmal genug. Uns scheint, soweit der sogenannte Gewerkschaftsstreit in Frage kommt, arbeiten diejenigen unserer Kollegen, die Mitglied der evangelischen Arbeitervereine sind, weiter in der bisherigen Weise; sie vertreten den Grundsatz der offenen Tür. Sie erstreben keinerlei Monopol, sie wollen nicht zanken und streiten, sie wollen den Gesamtverband nicht sprengen; freie Hand wollen sie und werden sie sich zu wahren wissen. Aber sie müssen sich rüsten, sie müssen unsere Position stärken. Und alle anderen, die aus dem Gesamtverband evangelischer Arbeitervereine keine Domäne der christlichen Gewerkschaften, keine Filiale des Herrn Bachem, kein streitendes Durcheinander machen wollen, gehören hier offen und klar an unsere Seite. Der Kampf ist angebrocht, auch wer ihn nicht will, muß ihn aufnehmen, wenn er kommt. Und deshalb besteht die Pflicht des „Beuge vor“. Das bedeutet aber auch, daß alle, die in diesem aufgezungenen Streit zu uns stehen, mit Hand anlegen müssen. Es genügt nicht, abzuwarten, was kommt. Es muß offen Farbe bekannt werden, damit die Vorbereitungen getroffen werden können. Das möge jeder beachten, dem es mit seinem Standpunkt ernst ist, der zur Wahrung desselben mehr tut, als schöne Worte machen.

Für die 3. Generalversammlung der Internationalen Vereinigung für geschäftliche Arbeiter, die Ende September in Kugern stattfindet, hat die Gesellschaft für Soziale Reform folgende Referate erachtet: 1. Die Durchführung der Arbeiterschutzes und die Gewerbeinspektoren in Deutschland; 2. Die Arbeitszeit der Bergleute; 3. Die Arbeitszeit in Mütten- und Walzwerken; 4. Die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen; 5. Die hauptsächlich am Export beteiligten Hausindustrien Deutschlands; 6. Die Staatsverträge über Arbeiterversicherung nebst Entwurf zu einem internationalen Abkommen über Unfallversicherung; 7. Bleibergiftungen in der keramischen Industrie; 8. Bleibergiftungen in den polygraphischen Gewerben; 9. Verzeichnis der im Gewerbebetrieb verwendeten Gifte; 10. Tätigkeitsbericht der Deutschen Sektion 1907/1908.

Es hat den Anschein, als wenn die Beteiligung an der Generalversammlung diesmal besonders regen wird. Auch die Regierungen werden ungewöhnlich stark vertreten sein. Zum ersten Male nimmt Japan offiziell an den Beratungen teil, ebenso wahrscheinlich die nordamerikanische Union. Unter den von der Deutschen Sektion - Gesellschaft für Soziale Reform - entsandten 10 Delegierten befindet sich auch unser Verbandsvorsitzender Kollege Goldschmidt.

Ausländische Arbeiter. Infolge der tiefen Erregung, die das Schreiben des preussischen Ministers für öffentliche Arbeiten an die Tiefbauunternehmer in Arbeiterkreisen hervorgerufen hat, veröffentlicht die „Nordd. Allg. Ztg.“ einen längeren Artikel, in welchem der Nachweis versucht wird, daß es sich gar nicht um eine neue Verordnung handelt, sondern um bereits länger zurückliegende Maßnahmen, die durch die Lage des Arbeitsmarktes geboten waren. Das mag sein, wie es wolle. Jedenfalls kann man die Erregung der deutschen Arbeiter begreifen, die zu Laufenden und Abertausenden beschäftigungslos auf der Straße liegen und zusehen müssen, wie ausländische Arbeiter wegen ihrer „geringeren Bedürfnisse“ in das Land geholt werden.

In einem wohltuenden Gegensatz zu Preußen befindet sich in dieser Frage der Bundesstaat Baden. Dort wurde kürzlich in der zweiten Kammer angeregt, daß bei Vergebung von Staatsbauten die Unternehmer angehalten werden sollten, bei Einstellung von Arbeitern die einheimischen in erster Reihe zu berücksichtigen. Ausländern dürfe erst Beschäftigung gewährt werden, wenn einheimische Arbeitskräfte nicht mehr zur Verfügung stehen. Dieser Anregung hat man auch Folge geleistet und die Bestimmungen über das Verdungswesen dahin ergänzt, daß die Unternehmer von Staatsbauten künftighin verpflichtet sind, von den sich meldenden Arbeitern vorzugsweise die einheimischen einzustellen. Dabei sind die am Ort der Bauausführung oder in dessen Nähe wohnenden Arbeiter in erster Linie zu berücksichtigen. Aber nicht nur bei Einstellungen ist dem inländischen vor dem ausländischen Arbeiter der Vorrang zu geben. In Zeiten größerer Arbeitslosigkeit sind die Unternehmer sogar verpflichtet, auf Verlangen der Behörden, die Bauausführungen verbergen, den ausländischen Arbeitern in dem Umfang zu künigen, als sich geeignete deutsche Arbeiter zur Verfügung stellen.

Die Bestimmungen des neuen Vereinsrechts scheinen vielen Polizeibehörden, namentlich in Schlesien sehr wenig bekannt zu sein. Schon verschiedentlich mußten von dort arge Verstöße gemeldet werden. Am letzten Sonntag war es der neugegründete ober-schlesische Arbeiterwahlverein in Zabrze, den sich die Polizei zum Opfer gewählet hatte. Kurz vor Beginn der Versammlung stellten sich nämlich zwei Kriminalbeamte ein, in der Absicht, die Versammlung zu überwachern. Sie entfernten sich auch nicht, als man sie darauf aufmerksam machte, daß es sich nicht um eine öffentliche, sondern um eine interne Mitgliederversammlung handle. Als auch dem telephonisch herbeigerufenen Vorgesetzten der beiden Beamten das Recht, der Versammlung beizuwohnen, verweigert wurde, läste dieser die Versammlung ohne weiteres auf.

Da die Zahl der Mitglieder des genannten Vereins etwa 30 beträgt, die fast alle in Zabrze und in nächster Umgebung wohnen, da außerdem die Versammlung sich in der Hauptsache mit der Vorstandswahl beschäftigten wollte, fehlt jedes Merkmal einer öffentlichen Versammlung. Danach handelt es sich um einen weiteren argen Mißgriff der Behörden, gegen den denn auch bereits Einspruch beim Reichsanwalt und beim Regierungspräsidenten erhoben worden ist.

Populärer wird das neue Vereinsrecht durch derartige Vorkommnisse aber ganz gewiß nicht. Deshalb kann dem preussischen Minister des Innern nur dringend geraten werden, durch eine allgemeine Anweisung an sämtliche Behörden dafür Sorge zu tragen, daß solche Mißgriffe für die Zukunft vermieden werden.

Opfer des Koalitionsrechtsintents des bayerischen Metallindustriellenverbandes. Aus Nürnberg kommt die Mitteilung, daß auf dem dortigen Werke der Augsburger Maschinenfabrik 225 Beamte „freiwillig“ aus ihren Organisationen ausgetreten seien und dafür von der Firma „Leuerungszuganlagen“ im Betrage von 300-600 Mk. erhalten hätten. Daß für das angebotene Entgelt einige Beamte ihr Koalitionsrecht verkaufen würden, war vorauszu sehen; daß aber die Zahl so hoch sein würde, konnte man nicht erwarten. Wir erlauben uns daher auch noch Zweifel an jener Meldung zu hegen. Sonst wäre es wirklich schlecht um die Rückgratfestigkeit der technischen Beamten bestellt, und der allgemeine Sturm der Enttäuschung, der nach Bekanntwerden des Attentatsversuchs sich erhob, hätte zum mindesten einem großen Teil Unwürdiger gegolten.

Die Mehrzahl der Betroffenen, und man darf sagen, der denkende Teil hat die Silberlinge der Scharfmacher zurückgewiesen und sich damit die Möglichkeit gewahrt, unter gegebenen Umständen eine Besserung ihrer Lage zu erlangen. Und wenn noch so viele Angestellte den klingenden Lotungen der Industriellen gefolgt wären, die Erkenntnis hätten sie in ihrem Siegeslaufe nicht aufhalten können, daß Angestellte und Arbeiter im Kampfe um bessere Lebensbedingungen Schulter an Schulter stehen müssen.

Arbeiterbewegung. Streik und Aussperrung in Stettin dauern noch fort. Obgleich eine von Vertrauensmännern der Arbeiter des „Wulkan“ abgehaltene Versammlung mit 63 gegen 10 Stimmen den Mietern nahegelegt hat, von ihren Forderungen abzustehen, um die angebotene Generalaussperrung zu vermeiden, und auch die Organisationsleiter erklärten, daß die Unterstützung an die Mieter nicht weiter gezahlt werden könne, haben diese beschlossen im Streik zu verharren. - In Breslau haben die Holzarbeiter in einer stürmisch verlaufenen Versammlung mit 503 gegen 81 Stimmen beschlossen, in den Generalstreik einzutreten. - Wegen Lohnhöhen sind bei der Baufirma Hesse in Landsberg a. W. die Ofenbauer in den Ausstand getreten. - Der Streik der Platten- und Fliesenleger in Rheinland-Westfalen ist nach gewöhnlicher Dauer beendet worden. Den Arbeitern wurde im allgemeinen eine Erhöhung der Löhne bewilligt. Wohl sind die höchsten Akkordsätze etwas herabgesetzt worden; dafür aber ist an den Orten, wo diese Sätze am niedrigsten waren, eine nicht unerhebliche Erhöhung eingetreten. - Ein Streik der Bergarbeiter droht auf der Schweißesgrube „Morgensternwerk“ bei Rohnau in Schl. auszubrechen, da trotz der ungemessen niedrigen Löhne die Direktion Lohnreduktionen vorgenommen hat. Infolgedessen haben die Arbeiter die Kündigung eingereicht.

Der Generalstreik in Frankreich ist nach eintägiger Arbeitspause beendet worden. Von einem Erfolge werden selbst die eifrigsten Anhänger des Generalstreiks nicht sprechen wollen. Außer den Zeitungshesern haben sich nur wenige Arbeiter daran beteiligt. Der Verkehr auf den Straßen konnte wie gewöhnlich aufrecht erhalten werden, und auch in den Nahrungsmittelgewerben fehlte niemand. Deshalb kehrten auch die Segler zur Arbeit zurück, so daß die Abendblätter wie gewöhnlich erscheinen konnten. - Dagegen sind am Montag in Paris die Elektrizitätsarbeiter in den Generalausstand getreten, so daß ein großer Teil der Stadt ohne Beleuchtung ist. - Die Angestellten der Canadian-Pacific-Eisenbahnlinie in Nordamerika haben beschlossen, in den Streik zu treten. Zuerst sollen am Mittwoch die Werkstättenarbeiter die Arbeit einstellen, dann soll das übrige Personal folgen.

Unternehmerterrorismus. Auf den westdeutschen Hüttenwerken hat man die Vereinbarung getroffen, Arbeiter, die auf einem Werke aufgehört haben, in den nächsten drei Monaten auf keinem anderen Hütten- oder Walzwerke zu beschäftigen. Man hofft, auf diese Weise die Arbeiter besser an die Betriebe zu fesseln und in Abhängigkeit zu erhalten. Mit welcher Unverschämtheit manche Unternehmer aber vorgehen, das zeigt ein Brief, den ein auf Neubauten beschäftigter Monteur von einer niederrheinischen Hütte erhalten hat. In dem Briefe heißt es:

Wir haben in letzter Zeit häufig Konstatieren müssen, daß Arbeiter und junge Burshen, welche bei uns entlassen worden sind, von den hier zurzeit mit Neubauten beauftragten Firmen angenommen worden sind.

Es liegt nicht in unserem Interesse, daß derartige Elemente weiter auf dem Plage tätig sind und wir erlitten Sie deshalb, für die Zukunft Leute, die früher in unseren Diensten gestanden haben, unter keinen Umständen anzunehmen.

Auf gleicher Höhe steht ein Rundschreiben, das der Arbeitgeberverband der Glasermeister von Hannover-Linden an seine Mitglieder verbandte. Darin heißt es, daß infolge ausgebrochener Tarifstreitigkeiten die Gesellen schon vor Ablauf des Tarifes versagen, in anderen Städten Arbeit zu finden.

„In Anbetracht dieser Sachlage appellieren wir an ihr Solikaritätsgefühl und bitten Sie, die in beifolgender Liste aufgeführten Gesellen nicht in Arbeit zu nehmen und, wo solches schon geschehen ist, dieselben wieder zu entlassen.“

Wir bitten höflich, diese Listen an die Herren Kollegen zu verteilen.“

Es werden dann die Namen von 71 Gesellen aufgezählt. Beide Fälle zeigen, wie rücksichtslos und brutal die Unternehmer ihre Macht auszunutzen verstehen. Da sich leider kein Staatsanwalt findet, der dagegen einschreitet, bleibt den Arbeitern nur ein Mittel übrig, das ist der Anschluß an starke Berufsorganisationen, wie es die Deutschen Gewerkschaften sind.

Mitgliederrückgang in den „freien“ Zentralverbänden. Daß in der Zeit eines wirtschaftlichen Niederganges das Interesse der Arbeiter an der Organisation schwindet, namentlich wenn gleichzeitig die Unternehmer durch die Gründung von gelben Organisationen usw. die Situation auszunutzen sich bemühen, ist eine zwar bedauerliche, aber erklärliche Erscheinung. Alle Organisationen haben darunter zu leiden, und nicht nur in einigen Gewerkschaften, sondern auch in den christlichen und noch viel mehr in den sozialdemokratischen Gewerkschaften sind Mitgliederrückgänge zu verzeichnen. Wannigfache Beweise haben wir bereits dafür erbringen können. Jetzt gibt dieses auch im „Steinarbeiter“ der neugegründete Gauleiter Carfert zu, der allein im Mannheimer Gau einen Rückgang der Mitgliederzahl um 700, d. h. um ein Drittel feststellt. Von 2284 ist die Mitgliederzahl auf 1583 im Laufe eines Jahres bis Ende 1907 gesunken.

Zu wundern braucht man sich darüber nicht, denn um die Steinarbeiter für den Steinarbeiterverband zu gewinnen, wurde kein Mittel als zu schlecht angesehen. Der stärkste Terrorismus wurde angewandt, um Andersdenkende hinüberzuziehen; dann aber wurden auch ohne Ueberlegung Lohnbewegungen eingeleitet, bei denen an einen Erfolg niemals gedacht werden konnte. Selbsterfindlich klappte dann die Sache nicht. Erstens kann man mit Soldaten, die nicht mit Lust und Liebe kämpfen, keine ernstlichen Kämpfe durchführen; dann aber wurden auch, wenn die Sache schief zu gehen drohte, schleunigst die Bremsklötze von oben angelegt und die Bewegungen abgewürgt. Daß unter solchen Umständen die Vegetierung stark ablaute und die Mitglieder der Organisation den Rücken kehrten, wird niemand Wunder nehmen.

Ähnlich liegen die Verhältnisse in anderen „freien“ Verbänden. Einen Verlust um 2990 Mitglieder hat auch der Deutsche Metallarbeiterverband im zweiten Quartal 1908 zu verzeichnen, wie die „Metallarbeiter-Zeitung“ vom 1. August ihren Lesern mitteilt. Ebenso wurde in der Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des sozialdemokratischen Buchbinderverbandes bei der Berichterstattung mitgeteilt, daß die Mitgliederzahl um rund 250 im zweiten Quartal zurückgegangen sei. Alle diese Tatsachen zeigen, daß die „Genossen“ gar keine Veranlassung haben, ihr großes Maul so weit über den Mitgliederrückgang in den Deutschen Gewerkschaften aufzureißen.

Die gelbe Schande. Die gelben Gewerkschaften erfreuen sich bekanntlich der Verachtung aller anständigen und denkenden Arbeiter. Aber auch über die Kreise der Politiker hinaus wird von allen ernstlichen Sozialpolitikern die gelbe Bewegung auf das Schärfste verurteilt und gemißbilligt. Man vergleicht treffend die gelben Gebilde mit schädlichen Sumpfpflanzen, die schwarzgerarigt die gesunden Zweige der Arbeiterbewegung zu ersticken trachten. Kein Wunder, wenn man auf jener Seite sich mit aller Gewalt dagegen zu sträuben sucht, als gelber Verein angesehen zu werden. Auch der Arbeiterverein des Kruppischen Gruson-Werkes in Magdeburg-Buckau hat wohl deshalb auf eine Aufforderung, sich dem Kartell gelber Arbeitervereine anzuschließen, entschieden ablehnend geantwortet. Auch er fürchtete sich vor dem Namen und schreibt deshalb in der Antwort:

„Die Bezeichnung „gelber Verein“ poßt nicht für uns, wir haben unseren Verein „Arbeiterverein vom Friedr. Krupp A.-B. Grusonwerk“, abgeleitet „A.-B. Gr.“ genannt, wir bitten, ihn so zu bezeichnen und wollen ihn lediglich als einen von allen äußeren Einflüssen unabhängigen Arbeiterverein betrachtet wissen. Diesen äußeren Einflüssen entgehen wir nicht, wenn wir uns einer außerhalb unseres Werkes bestehenden politischen oder unpolitischen, engeren Organisation anschließen. Die Einrichtungen des Staates, seine Gesetze und unsere Fabrikordnung bieten uns nach dieser Richtung ein weites Feld unmittelbarer Beteiligung. Der A.-B. Gr. erstrebt die Aufbesserung der Lage seiner Mitglieder hand in hand mit den Vertretern der Firma, im vollen Vertrauen zu der tatkräftigen Mitwirkung aller Vorgesetzten, bei billigen Mitteln günstiger Geschäftslagen entsprechend dem Stande der vaterländischen Industrie, von der wir alle abhängig sind. In Werksangelegenheiten dulden wir keine Vermittlung zwischen uns und unserem Arbeitgeber, weil wir die Ueberzeugung haben, daß unsere Bestrebungen zur Besserung

unserer Lage im direkten Verkehr mit unserem Vorgesetzten und Arbeitgeber sich am ehesten und besten verwirklichen lassen. Der A. B. G. wird sich daher niemals der politischen Parteien und Gewerkschaften angeschlossen, deren Leitung überdies Unkosten verursacht, die wir nicht ausrichten wollen. Durch Sparsamkeit zur wahren Freiheit zu gelangen. Das schließt in sich, daß wir alle nicht notwendigen Ausgaben vermeiden, unser Geld festhalten und dafür sorgen, daß Zuwendungen irgendwelcher Art uns bzw. unserem Verein allein zugute kommen. Auch die Erkenntnis, daß alle Vorteile aus der Freizügigkeit — sei es durch Ausnutzung der geschäftlichen Lage, sei es durch Angebot und Nachfrage oder auf dem Wege der staatlichen Gesegenspflege und nicht zuletzt durch die wirtschaftliche Kraft unserer Arbeitgeber — uns unmittelbar zufließen können, läßt es uns zweckmäßig erscheinen, den Verein von außen stehenden Organisationen unabhängig zu erhalten.

Das ist sehr vorichtig gehalten! Trotzdem wird es dem A. B. G. nicht gelingen, sich vor der Öffentlichkeit von dem Verdacht zu reinigen, daß er ein gelber Verein ist. Seine Geschichte ist zu bekannt! Immerhin bedeutet es einen Schritt zur Besserung, wenn man sich schon schämt, „gelb“ zu sein. Das läßt wenigstens für die fernere Zukunft die Hoffnung bestehen, daß man sich im Arbeiterverein bemüht wird, daß man auch ohne das Wort „gelb“ in der Firma zu führen, trotzdem eine gelbe Gewerkschaft sein kann und damit sich gefallen lassen muß, der öffentlichen Verachtung preisgegeben zu sein.

Auf dem Hamburger Gewerkschaftslongress wandte man sich gegen die sozialdemokratischen Jugendorganisationen, weil man die Jugend zuvor heranzubilden und erziehen müsse, ehe ihre Köpfe mit schwierigen Problemen belastet würden.

Jetzt lesen wir in der Frankf. sozialdemokratischen „Volksstimme“:

„Auf „Genossen“, zum wuchtigen Proteste! Sonntag, 9. August, nachm. 3 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus in Darmstadt eine öffentliche Protestversammlung gegen die Beschlüsse des Hamburger Gewerkschaftslongresses statt. Diese Beschlüsse bedeuten die Abwürgung der Jugendorganisationen. Jugendgenossinnen und „Genossen“! Merkt's, im Norden, wie im Süden, regt es sich in der Jugend. Auch wir haben die Pflicht, für die Selbstständigkeit der Jugendorganisationen, wenn auch in veränderter Form, einzutreten. Sorgt dafür, daß diese Versammlung zu einer mächtigen Kundgebung der heftigsten Jugendorganisationen wird.“

Hinter den jungen „Genossen“, die hier protestieren, stehen alte, „zielbewußte“ Schieber, die von der Gewerkschaftsbewegung nicht viel halten und alles durch den Stimmzettel erreichen wollen.

Eine nette Arbeitsordnung hat eine zur amtlichen Güter-An- und Abfuhr bestellte Expeditionsfirma in Colmar i. Elsaß. Die Arbeitszeit dauert danach von früh 5 (im Winter 6) Uhr, bis „abends nach Beendigung der vorliegenden Arbeit“. Für das „außerordentliche Verhalten“ der Arbeiter gilt folgende Bestimmung:

„Die Angestellten sind verpflichtet, während der Dauer ihrer Beschäftigung bei der Firma dem Zentralverband der

Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands nicht anzugewöhnen, auch keine Versammlungen und Zusammenkünfte desselben zu besuchen; handelt ein Angestellter dieser Bestimmung zuwider, so ist die Firma berechtigt, diese Zuwiderhandlungen jederzeit sofort ohne Kündigung zu entlassen und eine Konvention als Strafe von 20 Mk. einzufordern. Für die Entziehung dieser Strafe haftet auch die gestellte Kautionsfirma.“

Wir Recht bemerkt dazu die „Soziale Praxis“, daß eine solche Arbeitsordnung nicht allein gegen die guten Sitten, sondern gegen die Vorschriften der Gewerbeordnung verstößt, also ungesetzlich ist. Es ist denn auch unverständlich, wie die Polizeibehörde dazu ihre Genehmigung erteilen konnte. Ein solches Vorgehen einer Firma fordert zur schärfsten Kritik heraus. Vielleicht erkennt der davon betroffene Zentralverband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter daraus, wie verwerflich es ist, Andersgesinnte in der Ausübung ihres Koalitionsrechtes zu hindern. Ganz rein ist in dieser Beziehung der Schild der genannten sozialdemokratischen Organisation nämlich auch nicht. Das soll natürlich keine Entschuldigung für jene Expeditionsfirma sein. Eines ist so verwerflich wie das andere!

Gewerkevereins-Teil.

§ Rekarjulum. Am 26. Juli 1908 fand in Sumbelheim eine gemeinsame Gewerkevereinsversammlung der Ortsverbände Eberbach und Rekarjulum statt. Die Kollegen von Eberbach hatten sich einen Ausflug über Rekarjulum, Hornberg und Mühlberg nach Sumbelheim zumuge gemacht, um mit den württembergischen Kollegen sich einmal über die Agitation im Rekarjulum auszusprechen. Sie wurden von der Sumbelheimer Musikkapelle im Triumph durch das schöne Städtchen geführt, und nach dem gemeinsamen Mittagessen wurde dann kurz nach 3 Uhr die Versammlung eröffnet. Als Referent nahm der Kollege Hoffelberg, Generalsekretär des Gewerkevereins der Tabakarbeiter, das Wort zu dem Thema: Was wollen die Deutschen Gewerkevereine? Der Redner wies in seinem Vortrage auf die Raubbauarbeiten hin, an denen man bei dem Ausfluge vorübergekommen war und die die Erinnerung an die Zeiten des Mittelalters in uns wieder wachrufen. So schlimm es damals um die Freiheit des Bürgers auch bestellt gewesen sei, in vieler Beziehung sei der Arbeiter heute noch schlimmer daran. Das einzige Mittel, eine Besserung herbeizuführen, bilde der Zusammenschluß zu starken Berufsvereinen, wie es die Deutschen Gewerkevereine sind. Ihren Ausbau zu fördern und ihnen stets neue Anhänger zuzuführen, muß deshalb Aufgabe jedes denkenden Arbeiters sein. Nachdem Redner sojann die Grundzüge und Forderungen der Gewerkevereine eingehend erörtert hatte, wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heutige Gewerkevereinsversammlung der Ortsverbände Eberbach und Rekarjulum, besucht von Vertretern sämtlicher Ortsvereine von Baden und Württemberg, konstatiert bei den heutigen Agitationsfeste, daß die Deutschen Gewerkevereine der deutschen Arbeiterbewegung die richtige Form und Inhalt gegeben haben. Derselben Organisationen, die heute die Gewerkevereine befehlen, arbeiten selbst mit denselben Einrichtungen, die die Gründer der Gewerkevereine niedergelegt und lange allein verteidigt haben. Die Arbeiterbewegung ist eine Kulturbewegung, die nicht mit Gewalt und Unterdrückung, sondern nur mit Ueberzeugung und Geistesfreiheit gefördert werden kann. Die heute hier anwesenden Gewerkevereinskollegen geloben auf's neue, an dem Organisationswerke Dr. Max Hirsch ferner zu schaffen und mit dem-

selben menschenfreundlichen Bewußtsein wie der Gründer der Deutschen Gewerkevereine festzuhalten und ihr Banner unter der deutschen Arbeiterschaft voranzutragen, bis der Gedanke der Deutschen Gewerkevereine gefestigt und Gemeingut aller Arbeiter geworden ist.“ Nach einer Diskussion wurde mit einem dreifachen Hoch auf die Organisation die Versammlung geschlossen. E. K.

Verbands-Teil.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine (G.-D.). Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine, NO., Greifswalderstraße 221/223. In den Monaten Juli und August fallen die Sitzungen des Gewerkevereins-Richters (G.-D.). Jeden Donnerstag, abends 7-11 Uhr, Uebungstunde im Verbandshaus der Deutschen Gewerkevereine (Greiner Saal). Gäste sind willkommen. — **Distriktsklub Rabat.** Rabat, Sitzung am Freitag, 4. September bei Rabat, Straße 58. — **Sonnabend, 8. August. Maschinenbau- und Metallarbeiter XIII.** Abends 8 1/2 Uhr bei Frau Schönhauser Allee 65. — **Bildhauer.** Montag, 10. August, abends 9 Uhr bei Frau, Dresdenerstr. 10. — **Hilfswort. Maschinenbau u. Metallarbeiter.** Sonnabend, 8. August, abends 9 Uhr Sitzung im Vereinslokal, Jägerstr. 77. T.-D.: 1. Bericht. 2. Vortrag von Kollegen Schumacher über: „Unsere Stellung in der Arbeiterbewegung nach den Beschlüssen des Delegiertenkongresses.“

Orts- und Bezirksverbände.

Berlin (Ortsverband). Jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, nachm. von 4-5 1/2 Uhr, im Saale des Herrn Dr. Schulte-Pattler, Distriktsklub. — **Wachen (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr. Distriktsklub bei Richter, Ecke Hanfmann- und Zillertstraße. — **Hamburg (Ortsverband).** Jeden Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr präz., in Hüttmanns Hotel, Köpenicker Distriktsklub. — **Brandenburg (Distriktsklub der Deutschen Gewerkevereine, G.-D.).** Jeden Dienstag, abends 8 Uhr im Vereinslokal zur Kasse, Ritterstr., Sitzung. Gäste sind willkommen. — **Dresden (Distriktsklub).** Sitzung finden am Dienstag jeden Dienstag abends 8 1/2 Uhr im Sanderstr. 2, Wache 28, statt. Gäste sind willkommen. — **Brandenburg a. N. (Distriktsklub).** Die Sitzungen finden jeden 1. und 3. Sonntag im Monat, abends 8 1/2 Uhr, statt. — **Hagen a. N. (Distriktsklub).** Jeden Donnerstag, abends Punkt 8 1/2 Uhr, Sitzung bei Strohmayer, Kirch- und Bergstr. 10. — **Wachen (Ortsverband).** Jeden dritten Sonntag im Monat, vormittags 11 Uhr, Vertreterversammlung in Wachen, Kaserne, zur Post, Zillertstraße 72. — **Köln (Distriktsklub).** Sitzung jeden Donnerstag, abends 9 Uhr im Restaurant „Vater Roling“, Eiferstraße. — **Leipzig (Distriktsklub).** Sitzung jeden 2. und 4. Dienstag im Monat bei Robel, Berlitzstr. 120. — **Hamburg (Distriktsklub).** Jeden 2. und 4. Mittwoch im Monat bei Paetow, Kaiser Wilhelmstraße. — **Duisburg (Ortsverband).** Jeden Montag, abends 8 1/2 bis 10 1/2 Uhr, Distriktsklub bei P. Eisenburger, Wanheimerstraße. — **Mühlheim a. N. (Ortsverband).** Jeden zweiten Sonntag im Monat, vorm. 10 Uhr, Vertreterversammlung beim Joh. Müller, Sandstraße 38.

Veränderungen bzw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Kiel (Ortsverband). D. Kuchler, Vorsteher, G. Gaarden, Jägerstr. 34, I. **Mitteldeutscher Ausbreitungsverb. B. Leipzig.** I. Vorsteher, Halle a. S., Poststraße 2. B. Krüger, Schiffsplatz, Halle a. S., Raffineriestraße 5. E. Sauer, Weiler, Halle a. S., Zietenstr. 1.

Anzeigen-Teil.

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Der Gewerkeverein Jahrgang 1907

auf feinem Papier gedruckt, dauerhaft gebunden, für Verbandsangehörige und Vereinsbibliotheken

5, sonst 7 Mark

bei vorheriger Einsendung des Betrages

N.B. Frühere Jahrgänge werden zu denselben Preise abgegeben.

Bestellungen an den Verbandskassierer

R. Klein,

Berlin N.O., Greifswalder Strasse 221/223.

Stellenlose

Handelsbillsarbeiter, Hausdiener, Facker u.

erhalten Stellung nachgewiesen durch den Arbeitsnachweis unseres Ortsvereins der Handelsbillsarbeiter. Meldungen an den Kollegen Hilbert, Berlin S.W., Kochstraße 56.

Thorn. Durchreisende erhalten Abendbrot, Nachtlager und früh Kaffee beim Verbandskassierer B. Kowalowski, Thorn, Hellwegstr. 7/9.

Eöln und Mühlheim a. Rh. (Ortsverb.). Durchreisende erhalten Verpflegungsarten im Gewerkevereinsbureau, Severinstr. 118 L.

Jauer (Ortsverband). Durchreisende erhalten Unterbringung beim Kollegen F. Robel, Hospitalplatz 6.

Essenach (Ortsverb.). Durchreisende, arbeitslose Gewerkevereinskollegen erhalten Verpflegung und Nachtlager. Meldungen beim Ortsverbandskassierer E. d. m. u. d. Hartmann, Wiesenstr. 10.

Gera, R. i. E. (Ortsverband). Durchreisende Gewerkevereinskollegen erhalten 50 Pf. Reiseunterstützung bei Hermann Schnelber, Wöhrergasse 5.

Süppingen (Ortsverb.). Durchreisende Ortsverbandsangehörige erhalten Nachtlager und Verpflegung. Karten sind zu haben bei J. Städler, Bahnhofstr. 18.